

Wenn die CDU/CSU ihr Heil in einem stärkeren Sozialprofil sucht, richten sich die Blicke auf Jürgen Rüttgers. Aber das „Modell NRW“ hält nicht, was es verspricht

Ein langweiliges Vorbild

Von Gerd Held

Wird das Land Nordrhein-Westfalen zur neuen Mitte der CDU/CSU? Seit der Wahlschlappe der CSU in Bayern und der Wahl Horst Seehofers zum neuen Regenten richten sich viele Blicke auf Jürgen Rüttgers. Sein Kurs des sozialpolitischen Ausgleichs gilt vielen als einziger Ausweg für die Christdemokratie in Deutschland. Die Veränderung der Wählergunst scheint dafür zu sprechen. 2005 hatte die CDU in NRW nur 34,4%, die CSU in Bayern 49,2%. Heute käme die CSU auf 46%, die NRW-CDU immerhin auf 39%. Elmar Brok, Europaabgeordneter und CDU-Bezirksvorsitzender in Ostwestfalen-Lippe erklärte kürzlich, mit der Rüttgers-Politik könne NRW „partei- und staatspolitisch prägend“ werden. Aber hält das Land NRW, was die bundespolitische Profilierung ihres Landeschefs verspricht? Ist hier gar eine „soziale Moderne“ à la CDU am Werk? Dann dies mit Abstand größte deutsche Bundesland etwas Beispielhaftes vorweisen können: ein besondere Leistungskraft, ein besonders starke gesellschaftliche Verbundenheit. Aber davon kann nicht die Rede sein. Gewiss gibt es hier – wie anderswo – leistungsstarke Standorte und Einrichtungen, aber es gibt keinen eigenen wirtschaftlichen Entwicklungspfad, der vom Aachener Raum bis Ostwestfalen, vom Bergischen Land zum Münsterland reichen würde. Nicht einmal die Städte der sogenannten „Rhein-Ruhr-Metropole“ von Köln über Düsseldorf, Duisburg, Essen bis nach Dortmund bilden wirklich eine schlagkräftige Einheit. Zwar gibt es in einzelnen Landstrichen, Städten und Stadtteilen starke Solidaritäten, die auch Ungleichheiten ertragen. Aber insgesamt ist im Land eher der Argwohn zu

Hause, ob der eine Standort mehr bekommt als der andere. So kann man sich nicht einigen, wenn es um übergreifende Einrichtungen wie Messen, Flughäfen, Bahnhöfe für den europäischen Schnellverkehr oder Philharmonien geht. Die Egoismen des ständigen Ausgleichs blühen und die Politik muss peinlich genau den Proporz zwischen den Regionen und Städten beachten. So weist das Land einen überaus dichten Bestand von höheren Bildungsstätten, Technologieparks, Gründerzentren, Kultureinrichtungen auf, der aber fast nie wirkliche Exzellenz hervorbringt. Im Bildungsvergleich der Bundesländer liegt NRW beharrlich im hinteren Mittelfeld. Auch im Bereich der sozialen Basissicherung stimmt die Bilanz nicht. Den zahlreichen Fördertöpfen steht eine noch größere Zahl von Menschen gegenüber, die von den Modellprojekten nicht erreicht werden. Offenbar sind sie zu hoch und zu kompliziert angesetzt. Wer da auf der Strecke bleibt, ist dann stärker „draußen“ als in einem Bundesland mit normalen Hauptschulen, die funktionieren. NRW ist kein exemplarisches Land des sozialen Friedens, das gegenüber anderen eine Vorbildrolle beanspruchen darf.

Man darf diese Realitäten nicht der CDU anrechnen, sie hat sie vorgefunden. Aber mit der Regierungsübernahme einer CDU/FDP-Koalition im Sommer 2005 schien ein Neuanfang schien möglich. Nach der Lähmung unter einer Sozialdemokratie, die seit 1966 ununterbrochen regiert hatte und das Land als Stammsitz ansah, sollten neue Kräfte freigesetzt werden. Diese Aufbruchstimmung ist vorbei. Wenn der Ministerpräsident Rüttgers seit einiger Zeit versucht, sich als „soziales

Gewissen“ der CDU bundespolitisch zu profilieren, bedeutet das eine Abkehr vom eigenen anfänglichen Reformkurs. Wenn nun aus Düsseldorf beständig wiederholt wird, dass dem Wähler „mehr Reformen nicht zuzumuten“ seien, zeigt das, wie sehr sich die CDU/FDP-Koalition in Düsseldorf festgefahren hat und in die eingefahrenen Gleise des „sozialdemokratischen NRW“ zurückgekehrt ist. Gewiss ist bei einzelnen Vorhaben noch eine andere Handschrift erkennbar, aber insgesamt haben sich CDU und FDP nicht von den vielfältigen Besitzständen und Begehrlichkeiten freimachen können, die mit tausenden „Fördertürmen“ im Land gesetzt wurden und dort inzwischen zum festen Bestandteil der Landschaft geworden sind. Wer in der CDU/CSU jetzt auf einen Schub vom „Sozialland NRW“ hofft, muss wissen, dass dies Label die Folge eines Reformabschieds und einer Resignation ist. Die Kehre ins Soziale hat die Präsenz des Ministerpräsidenten im Lande nicht erhöht. Es ist eine Kehre ins Prinzipielle und Bundespolitische. Eine „Außenpolitik“, die manchem Konflikt zu Hause – wie der kritischen Lage der West LB oder den Konflikten der Schulpolitik – ausweicht. Als im August in der Landeshauptstadt Düsseldorf Nachwahlen für den verstorbenen Oberbürgermeister Erwin – nicht gerade ein Rüttgers-Freund – anstanden und der Wahlkampf in die heiße Schlussphase ging, fuhr der Regierungschef nach Wuppertal auf eine SPD-Veranstaltung zum Gedenken an Johannes Rau, um dort seine Verbundenheit mit dessen sozialem Erbe deutlich zu machen. Die Stadt Düsseldorf ist dabei ein gutes Beispiel für eine Reform-CDU, die durch eine strikte Haushaltspolitik und den Verkauf von Unternehmensanteilen die Stadtfinanzen sanierte und dann klar die Wahlen gewann – gewissermaßen hinter dem Rücken der Landesregierung.

Das „Bindestrich-Land“ im Westen, das erst nach dem 2. Weltkrieg zusammengesetzt worden ist, beanspruchte schon immer eine Sonderrolle. „Das Land

Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein“ – dieser Satz steht in der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Karl Arnold (CDU) vom 21.9.1950. Das Sitzungsprotokoll ein vielstimmiges „Bravo“. Der Satz ist eine Art Gründungsmythos, der für das Land die Rolle einer Bundesinstanz beansprucht. Hier soll ein Land mehr sein als ein Bundesland und „das Soziale“ für Deutschland insgesamt repräsentieren. Darin ist eine Anmaßung enthalten, sowohl gegenüber dem Bund als auch gegenüber den anderen Bundesländern. Ein Teilgebiet beansprucht ein moralisches Privileg. Dieser Gründungsmythos hat mit dem Gründungsgeist der Bundesrepublik und der historischen Leistung der Christlich-Demokratischen Union nichts zu tun. Der Satz vom „sozialen Gewissen“ war gegen Adenauer und Erhardt gerichtet und stand im wirtschaftsfernen Geist des Ahlener CDU-Programms. Das war nicht nur Papier. Dies Bundesland hat in seiner kurzen Geschichte immer wieder politische Strömungen und Persönlichkeiten hervorgebracht, die gegen die soziale Normalität des wirtschaftlichen und politischen Lebens ein anderes, höheres, abstrakteres „Soziales“ forderten und in der sozialen Umverteilung ihr Betätigungsfeld fanden. Die SPD beerbte die CDU, nachdem die FDP sich umorientiert hatte und damit NRW zum Testgelände für den Machtwechsel in Bonn machte. Während sich dieser Wechsel bundespolitisch nicht halten konnte, erreichte er in NRW - von Johannes Rau mit dem „Wir in NRW“ wunderbar auf seine ultimative Formel gebracht – noch einen späten Gipfel.

Gerade bei Rau lässt sich eine „Sozialpolitik ohne soziale Bindungen“ exemplarisch besichtigen. Das Soziale klang hier stets besonders feierlich und wurde doch geschickt an die Basis vor Ort getragen – wie man ein ständiges Sonntagswort in den Alltag ruft. Auch die Fördergelder wurden aus großer Höhe über das Land gestreut. Gut sichtbar beim Herabregnen stärkten sie einen festen Empfängerkreis von geschickt verteilten Lokalpolitikern und vermittelte

den Eindruck von Basisnähe. Aber eine Verbundenheit der verschiedenen Orte untereinander, an denen dieser Regen niederging, wurde so nicht gestiftet. Das Soziale blieb eine Größe in der Hand des Landesherrn. Draußen im Lande gab es niemand, der für das ganze Land denken und fühlen konnte. Niemand konnte einigermaßen beziffern, wie viel Geld über die Jahrzehnte wohin geflossen ist und welche Resultate erzielt wurden, die diesen Zuwendungen zuzuschreiben wären. Der „Strukturwandel“, der an Rhein und Ruhr nun schon fast 50 Jahre dauerte, wollte und will einfach nicht enden. Übrig geblieben sind abstrakte Formeln ohne festes Ziel wie der Ruf nach „viel Bildung“ oder „viel Integration“. So ist das „Soziale“ hierzulande mehr als jemals zuvor eine ganz unbestimmte Größe geworden. Das Sozialmodell NRW zeigt eine gefährliche Abgehobenheit, die offenbar auch die CDU nicht umkehren konnte.

Dies Bild von Nordrhein-Westfalen mag überraschen. In unserer Vorstellung von diesem Teil Deutschlands denken wir an Industrie und harte Arbeit. Aber dieser Eindruck täuscht. Natürlich gibt es zahlreiche und bedeutende Industriestandorte, aber insgesamt haben sie in der Statistik weniger Gewicht als in Bayern oder Baden-Württemberg. Die massiven Bildungsinvestitionen haben ihren Teil dazu beigetragen, dass eine ganze Generation allenfalls kulturtouristisch durch die alten Stahlwerke wie durch ein fremdes Land stapft und ihre Zukunft in „weichen“ Tätigkeiten sieht. Der Bau großtechnischer Anlagen stößt hier oft auf ein größeres Misstrauen als im Süden der Republik. Es gibt keinen Wachstumspfad, der für Nordrhein-Westfalen insgesamt typisch ist und modellhaft die Kräfte bündeln könnte. Seit dem Ende des schwerindustriellen Ruhrgebiets fehlt es an der zentralen Klammer des Landes. Die älteren, langsameren Prägungen machen sich wieder geltend. Die rheinische Entwicklung ist stärker von den Städten bestimmt, mobiler, wechselhafter, extrovertierter. Die westfälische Entwick-

lung ist ländlicher, beharrender, introvertierter. Die Schnittmengen zwischen beiden Seiten sind gering. Für die westfälischen Regionen ist das Rheinland keine Referenz, umgekehrt gilt das Gleiche. Jede der beiden Seiten hat Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen, ein aktives kulturelles und religiöses Leben, eine längere Modernisierungsgeschichte. Jede für sich könnte eine Identität ausbilden, die einen Vergleich mit Hessen oder Sachsen nicht zu scheuen braucht, aber das Dach „NRW“ ist zu hoch, um eine solche Neubindung anzuregen. Die Verbände und politischen Parteien, die zunächst noch rheinländisch oder westfälisch geblieben waren, haben sich in anonymere NRW-Organisationen verwandelt.

So geht es hier weniger um das Versagen einzelner Parteien und Politiker, sondern um den subtilen und hartnäckigen Einfluss, den die Konstruktion des Landes NRW auf sie ausübt. Für ein Bundesland ist NRW letztlich zu groß, sein „Bindestrich“ ist zu schwach. Um ihn aufrecht zu erhalten, wird „das Soziale“ so sehr betont und bleibt doch so abstrakt. Das Land, auf das der gute republikanische Satz „Frage nicht, was Dein Land für Dich tun kann, sondern was Du für Dein Land tun kannst“ existiert in NRW im Grunde nicht. An Stelle der Teilhabe an etwas Gemeinsamen hat der Bürger nur den Maßstab der Gleichheit mit einem Mitbürger, mit dem ihn sonst nichts verbindet. Er wird daher ständig auf andere Orte schielen, die eventuell bevorzugt sind. So ist die Tatsache, dass dieses Bundesland Deutschland immer wieder – und aus ganz unterschiedlichen Parteien – mit dem gleichen Grundtypus des „Sozialpolitikers“ versorgt, kein Zufall.

Das Gegenmodell ist ausgerechnet das Land, das jetzt das Soziale von Nordrhein-Westfalen lernen soll: Bayern. Zwar ist auch Bayern ein großes und vielfältig zusammengesetztes Bundesland, aber es hat durch Geschichte und Kultur doch eine starke Identität. Es hat mit München auch eine unbestrittene Hauptstadt und eine klar gegliederte Rangfolge von Städten. Bei dieser stärkeren Bindung geht es nicht nur

um Gefühl, sondern auch um Kalkül. Die Übersichtlichkeit des Landes erlaubt es den Bürgern, den Zustand ihrer öffentlichen Einrichtungen, die Wirksamkeit der Staatsausgaben und den Umgang mit ihren Steuergeldern zu verfolgen. In einem solchen Land ist das Soziale weniger Abstrakt. Es braucht nicht die schematische Gleichheit, um Bindung und Zusammenhalt zu erzeugen. Denn es hat echte Gemeinschaftsgüter, geistig-symbolische und materiell-bauliche, die lebendig und sinnfällig sind. In einem solchen Land muss nicht jeden Tag das Wir-Gefühl beschworen werden und jeder einzelne Mensch ständig fühlen, dass er gefördert wird und so viel hat wie die anderen. Es genügt, wenn er von Zeit zu Zeit mit anderen die gemeinsamen Einrichtungen nutzt, sich unter ihren Schutz stellt, an ihrer Ausstrahlung teilhat und die gemeinsamen Güter in Festen feiert. Deshalb verträgt sich die Freiheit, die Libertas Bavariae, so gut mit diesem Typus eines großzügigen Sozialen. Jahrzehntelang ist das Sozialland Bayern ohne die kleinliche, individuell bevormundende und sich überall einmischende Sozialförderung angekommen und hat doch mehr Verbundenheit mit dem Land gewonnen als es das Bindestrichland NRW auch zu seinen besten Zeiten hatte.

Wir haben in Deutschland mit NRW und Bayern zwei Sozialmodelle, zwei Antipoden der sozialen Bindung. Es mag sein, dass in Bayern im Moment einige hergebrachte Bindungen und Gemeingüter schwächer werden. Mancher allzu

dominante Auftritt der CSU verrät im Grund die Sorge vor einer Aushöhlung des bisherigen Sozialmodells. Aber soweit muss es nicht kommen. Kein Gesetz der Moderne schreibt das vor. Jedenfalls wäre der Rat, sich nun auf den NRW-Weg zu begeben, ein ganz schlechter Rat. Eine „Nordrhein-Westfalisierung“ der CDU/CSU wäre ein Holzweg, der sie gegenüber der Linken um ihre Alternative bringen würde. Ein soziales Deutschland würde mit dem Abschied vom Modell Bayern um einen entscheidenden Eckstein gebracht. Entgegen allen Mythen und Werbeslogans lässt sich in Nordrhein-Westfalen seit langem besichtigen, wie bindungslos und langweilig ein „Sozialland“ ist, das nur von einem individuell ausschüttenden Sozialstaat zusammengehalten wird. Die Rückwärtsorientierung der dortigen CDU/FDP-Regierung auf die Johannes-Rau-Tradition bietet keine Neuorientierung. Warum sollte sich die CSU davon beeindruckt lassen und die bayrische Flinte ins Korn werfen?

Insgesamt kann die CDU/CSU nicht am nordrhein-westfälischen Wesen genesen. Ganz ohne Zweifel wird der kommende Bundestagswahlkampf eine Auseinandersetzung um unterschiedliche Ideen des Sozialen sein. Die CDU/CSU darf sich nicht auf die Aussage beschränken, dass sie „das Soziale auch kann“. Sie ist mehr und sie kann mehr. Sie hat ein eigenes Modell sozialer Bindung. Aber sie wird es nicht profilieren können, wenn sie ihre neue Mitte im anonymen Gebilde NRW sucht.

(Manuskript vom 12.10.2008, erschienen als Essay in der Tageszeitung „Die Welt“ am 24.10.2008)